

LIBERAL .NRW

03
20

MISSION AUFBRUCH

BUNDESPARTEITAG DER
FREIEN DEMOKRATEN IN BERLIN

Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen

CHANCEN

Polizeidienst
für Realschüler öffnen

KOMMUNALWAHL

5 liberale Bürgermeister
in NRW

STUDIE

Zukunft der
beruflichen Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

die Kommunalwahlen haben für uns Freie Demokraten zu einem ordentlichen, gleichwohl durchwachsenen Ergebnis geführt. Landesweit sind die Ergebnisse sehr unterschiedlich. Viele Orts- und Kreisverbände konnten – manche mehr, manche weniger – zulegen, bei anderen haben sich leider die Erwartungen nicht erfüllt. Gleich ist aber im gesamten Land, dass die vielen ehrenamtlichen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer unermüdlich und hochmotiviert um Vertrauen geworben haben – und dafür danke ich herzlich!

Erfreulich ist, dass wir in Zukunft fünf liberale Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in NRW haben. Die zweite gute Nachricht ist, dass wir die Zahl der Mandate um 200 gesteigert und nun deutlich mehr als 1.000 Mandatsträgerinnen und -träger auf kommunaler Ebene haben. Aus Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfern oder Gruppen sind damit vielerorts neue Fraktionen geworden. Das stärkt unsere Strukturen für die nächsten Jahre.

Klar ist, dass wir unsere Ergebnisse sorgfältig analysieren werden. Denn unser Ziel ist, die Menschen in allen Teilen des Landes gleichermaßen von den Freien Demokraten zu überzeugen. Die Bundestagswahl in weniger als einem Jahr ist dabei die nächste entscheidende Wegmarke. In den kommenden Monaten werden wir uns deswegen intensiv einbringen, damit wir Freie Demokraten dafür gut aufgestellt sind. Denn im Bundestagswahlkampf wollen wir nicht nur die besseren Ideen haben, sondern sie auch wieder so vermitteln, dass wir damit in der Lebenswirklichkeit der Menschen ankommen – und wahrgenommen werden als das, was wir sind: mutig, optimistisch, weltoffen, lösungsorientiert und vor allem auch empathisch.

Ich freue mich, wenn Sie sich dabei ebenfalls einbringen!

Ihr

Dr. Joachim Stamp



Dr. JOACHIM STAMP
 Landesvorsitzender
 der FDP NRW



[twitter.com/
JoachimStamp](https://twitter.com/JoachimStamp)



[facebook.com/
drjoachimstamp](https://facebook.com/drjoachimstamp)

IMPRESSUM

Herausgeber:

FDP-Landesverband NRW und
 FDP-Landtagsfraktion NRW

Redaktion:

verantwortlich für Inhalt und Seiten des
 Landesverbandes: Mirco Rolf-Seiffert;
 verantwortlich für Inhalt und Seiten der
 Landtagsfraktion: Nadja Kremser

Anschrift der Redaktion:

FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus,
 Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
 nrw@fdp.de;
 FDP-Landtagsfraktion NRW,
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 fdp-fraktion@landtag.nrw.de

Verlag:

Liberale Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH

Redaktionsschluss:

07. Oktober 2020

Gestaltungskonzept, Layout und Satz:

LOCKVOGEL – Werbenest Hamburg,
 Hütten 82, 20355 Hamburg

Gedruckt auf:

Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
 Innen: Holmen TRND – IGEPA

Druck und Produktion:

Beisner Druck GmbH & Co. KG,
 Müllerstr. 6, 21244 Buchholz

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Die LIBERAL.NRW wird
 aus nachhaltigen Papier-
 produkten hergestellt.

Unsere Papierauswahl ist
 FSC®-zertifiziert.



UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um das
 Thema FSC®-Zertifizierungen können
 Sie online nachlesen unter:

www.fsc-deutschland.de

FDP NRW VERBREITERT KOMMUNALE BASIS

Der größte FDP-Landesverband konnte bei den NRW-Kommunalwahlen 2020 sein Fundament vor Ort stärken: Die Partei gewann im Landesschnitt fast einen Prozentpunkt dazu. Insgesamt erreichte sie dreistellig mehr lokale Mandate, sodass über 1.000 Freie Demokratinnen und Demokraten in den nächsten fünf Jahren Politik vor Ort mitgestalten.

Enrico Eppner hatte erst vor drei Jahren den FDP-Ortsverband im hochsauerländischen Hallenberg mitgegründet und trat dort 2020 erstmalig zur Bürgermeisterwahl an. Direkt im ersten Wahlgang gewann der 34-jährige mit 64,83 Prozent der Stimmen gegen den dortigen CDU-Kandidaten und leitet nun als Chef der Verwaltung die Geschicke der Kommune. Ein weiterer neuer Bürgermeister ist Freidemokrat Bernd Kuse im niederrheinischen Straelen. Er trat

unabhängig an. Nach dem ersten Wahlgang konnte er mit den neuen Aufgaben loslegen. Ihr Amt verteidigen konnte Claudia Bögel-Hoyer, die Bürgermeisterin der Stadt Steinfurt bleibt. Auch Kai Abruszat ist weiter Bürgermeister Stemweddes im Kreis Minden-Lübbecke. 90,4 Prozent stimmten für ihn. Den Freien Demokraten gelang des Weiteren der Einzug in drei Bürgermeisterstichwahlen. Während Christian Sauter und Philipp J. Beckmann in Extertal und Schwelm diese leider nicht für sich entscheiden konnten, wählten rund 60 Prozent der Menschen in Kaarst mit Ursula Baum eine neue Bürgermeisterin aus den Reihen der Freien Demokratischen Partei. Bei Oberbürgermeister- und Landratswahlen traten ebenfalls freidemokratische Köpfe an, wobei diese vorne liegen: Marie-Agnes Strack-Zimmermann konnte vor Ort 12,5 Prozent der Menschen überzeugen, dass sie die Landeshauptstadt Düsseldorf am besten führen würde. Marcel Hafke hielten 7,4 Prozent für den besten Oberbürgermeister Wuppertals. Als Landrätin kandidierte Angela Freimuth im Märkischen Kreis und als Landrat Udo van Neer im Kreis Viersen: Sie schlossen mit rund neun und rund acht Prozent ab.

Aus dem Stand stammt in Hallenberg nicht nur der Bürgermeister von der FDP, sondern sie stellt auch mit 46,27 Prozent neun Sitze im Rat. Die Freien Demokratinnen und Demokraten in Kall, Bad Laasphe, Erwitte, Stemwede sowie

Schleiden landeten bei den Ratswahlen allesamt rund um die 20-Prozent-Marke, was beispielsweise in Bad Laasphe und in Stemwede eine Verdoppelung des Zuspruchs bedeutet. Nicht nur dort gelangen Zugewinne: Die FDP Altenberge erzielte ohne Antritt bei der letzten Wahl sofort 14,1 Prozent, in Neuenkirchen sind es 10,4 Prozent. Nach 4,1 Prozent 2014 folgte zweistelliger Zuwachs auf 14,1 Prozent in Neuenrade und beschert den dortigen Liberalen mehr Sitze im Rat. Außerdem errungen Freie Demokratinnen und Demokraten einige Direktmandate. Auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise erzielt die



Kai Abrusatz, wiedergewählter Bürgermeister in Stemwede



Claudia Bögel-Hoyer, wiedergewählte Bürgermeisterin in Steinfurt

FDP Düsseldorf 9,1 Prozent, in Wuppertal und Bielefeld sind es 7,2 und 7,1 Prozent. Im Kreis Euskirchen sowie im Märkischen Kreis sind bald 7,9 und 7,5 Prozent der Sitze im Kreistag freidemokratisch. Insgesamt sind die FDP-Teams vor Ort in Zukunft flächendeckend breiter aufgestellt: Es gibt weniger sogenannte weiße Flecken und deutlich weniger sogenannte Einzelkämpfer, obgleich rund 200 Mandate mehr errungen werden konnten und viele Fraktionen mehr an den Start gehen. „Viele ehrenamtliche Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der Freien Demokraten haben mit großem Einsatz für Vertrauen geworben. Dafür bin ich ihnen sehr dankbar. Ebenso danke ich allen Bürgerinnen und Bürgern, die trotz Pandemie zur Wahl gegangen sind“, so der Vorsitzende Joachim Stamp. ■

FAKTEN ZUR KOMMUNALWAHL

FDP-LANDESSCHNITT

steigt um fast einen
Prozentpunkt
von 4,7 auf **5,6**

WAHLBETEILIGUNG:

50,0% **51,9%**
2014 2020

Rund 200 FDP-Mandate mehr,

1074 insgesamt

Fast 70 neue FDP-Fraktionen,

fast **340** insgesamt

FDP stellt **5**
BÜRGERMEISTERINNEN
und **BÜRGERMEISTER**

Fast **80%**
WENIGER
EINZELKÄMPFER



Fast **80%**
WENIGER GRUPPEN



5 WEISSE
FLECKEN
GEFÜLLT



LANDESVERBAND

KOMMUNALWAHLEN

3 Fragen an... URSULA BAUM!



Sie engagieren sich seit Jahren in der Kommunalpolitik der Stadt Kaarst, zuletzt als erste stellvertretende Bürgermeisterin. Nun sind Sie die Chefin der Verwaltung. Worauf freuen Sie sich besonders?

Baum: Auf das Miteinander der Kaarster und das gemeinsame Gestalten unserer Stadt für die Zukunft.

Wie wollen Sie Kaarst konkret verändern?

Baum: Ich möchte Kaarst ins 21. Jahrhundert führen: digital, welttoffen, mobil, klimaneutral, mit genug bezahlbarem Wohnraum. Erstes Ziel ist es, die Schulen arbeitsfähig zu machen für den Fall der Fälle. Generell bin ich für Präsenzunterricht, weil auch das soziale Miteinander sehr wichtig ist.

Sie haben die „Flüchtlingshilfe Kaarst e.V.“ gegründet. Was für eine Rolle wird dieses Thema die nächsten fünf Jahre spielen?

Baum: Wir setzen weiterhin auf Integration – egal wer kommt. Die, die „wollen“, fördern wir. Die, die nicht wollen, gehen besser nach Hause. Den Verein haben wir inzwischen umbenannt in „Kaarster helfen e.V.“. Unser Kassenwart kommt aus Syrien und macht einen top Job. ■

LANDESVERBAND

KOMMUNALWAHLEN

3 Fragen an... ENRICO EPPNER!

Im Jahr 2017 waren Sie das erste Mitglied der Freien Demokraten in Hallenberg, 2018 gründen Sie den FDP-Ortsverband mit und 2020 sind Sie dort FDP-Bürgermeister. Was ist in Ihren Augen maßgeblich für diesen Erfolg?

Eppner: Authentisch zu sein, auf dieser Basis wurde mir Vertrauen geschenkt. Durch die Fähigkeit Menschen zu begeistern und auf Augenhöhe zu begegnen, ist der Quereinstieg aus der freien Wirtschaft gelungen. Die Partei muss funktionieren, innerparteiliche Demokratie ist so unabdingbar wie das Aufstellen von kompetenten Leuten.

Was sind Ihre Pläne für Hallenberg?

Eppner: Die Stadt muss zukunftsfit werden, ich möchte die Ansprechbarkeit der Verwaltung weiter forcieren und sie wirtschaft-



lich sicher aufstellen. Eine Ehrenamtskarte soll Personen und Gewerbe fördern und Biodiversität im Forst muss vorangetrieben werden.

Sie sind gelernter Handwerker und studierter Ingenieur. Was nehmen Sie daraus für Ihre neue Aufgabe mit?

Eppner: Man darf keine Schraube überdrehen, somit sind analytisches Denken und sich selbst zu hinterfragen Pflicht. Von ergebnisorientierter Arbeit hing mein Erfolg immer ab, dies spiegle ich nun auf unsere Stadt Hallenberg wider. ■

LANDESV ERBAND
BUNDESPARTEITAG

MISSION AUFBRUCH

BUNDESPARTEITAG DER FREIEN DEMOKRATEN



Christian Lindner beim Bundesparteitag

Als erster großer Parteitag unter Pandemiebedingungen fand am 19. September der 71. ordentliche Bundesparteitag der Freien Demokraten in Berlin statt. Unter dem Motto „Mission Aufbruch“ widmeten sich die anwesenden Delegierten sowie die digital zugeschalteten Delegierten dem zentralen Thema: Dem Aufbruch vom Jahr der Krisen ins Jahrzehnt des Aufstiegs.

Der Bundesvorsitzende Christian Lindner betonte in seiner Rede mit Blick auf das kommende Wahljahr den Gestaltungsanspruch der FDP: „Die Bundestagswahl wird eine Richtungswahl: Solidität oder Schulden, Freiheit oder Fesselung des Landes, Soziale Marktwirtschaft oder Planwirtschaft.“ Die Freien Demokraten seien bereit, dafür Verantwortung zu übernehmen.

Lindner rief auf: „Lasst uns an einem Wunder arbeiten: an einem neuen Wirtschaftswunder für unser Land!“ Dafür sei eine Politik nötig, die das Land entfessele anstatt es zu bremsen, die den Menschen vertraue statt ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Das sei auch ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, denn Wachstum ermögliche es den Einzelnen, ihre Situation zu verbessern.

Dem Weg aus der Coronakrise widmete sich der Leitantrag mit zahlreichen konkreten Vorschlägen, um aus den Krisen des aktuellen Jahres heraus Chancen zu schaffen und so das kommende Jahrzehnt zu gestalten. Daneben wurden weitere Anträge beraten und beschlossen: Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sowie die Forderung nach einem personenbezogenen Sanktionsmechanismus nach dem Vorbild des „Magnitsky Act“.

Auch personell stellte sich die Partei in Berlin neu auf: Volker Wisching wurde zum Generalsekretär gewählt. Harald Christ folgt als Schatzmeister auf Hermann Otto Solms, der zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde. Mit Bettina Stark-Watzinger und Lydia Hüskens rücken zwei neue Beisitzerinnen ins Präsidium nach. Florian Toncar ist neuer Beisitzer im Bundesvorstand. ■



Zu den Beschlüssen
und Ergebnissen:



LANDTAGSFRAKTION

BILDUNG

Polizeilaufbahn für Realschüler öffnen

Archivfoto



FRANZISKA MÜLLER-RECH

Schulpolitische Sprecherin der
FDP-Landtagsfraktion

[franziska.mueller-rech@
landtag.nrw.de](mailto:franziska.mueller-rech@landtag.nrw.de)

MARC LÜRBKE

Innenpolitischer Sprecher der
FDP-Landtagsfraktion

marc.luerbke@landtag.nrw.de

**Der Schulabschluss soll nicht das Ende für den Traumberuf bedeuten.
Nach Ansicht der FDP-Landtagsfraktion gibt es keinen Grund,
wieso aus einem engagierten Realschüler nicht ein toller Polizist werden kann.
Nun ist der Durchbruch gelungen und der Polizeiberuf
wird in NRW auch wieder für mittlere Bildungsabschlüsse geöffnet.**

„Wir ermöglichen jungen Menschen mit Realschulabschluss einen Einstieg in den Polizeiberuf. Die bewährte zweigeteilte Laufbahn wird dafür nicht verändert“, sagt Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. An Berufskollegs in NRW wird der Bildungsgang ‚Fachoberschule für Polizei‘ eingeführt, mit dem die jungen Menschen passgenau auf das Studium an der Hochschule für Polizei und Verwaltung vorbereitet werden. Lürbke: „Neben der Qualifizierung für das Fachabitur werden bereits Kenntnisse und Fähigkeiten für den Polizeidienst vermittelt.“

Bisher ist es für Realschüler erst nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung möglich, die Polizeilaufbahn einzuschlagen. Dadurch ergreifen interessierte Bewerber häufig andere Berufe. Während fertig ausgebildete Fachkräfte, beispielsweise IT-Fachkräfte oder Steuerfachleute, attraktive Angebote am Arbeitsmarkt finden,

müssen sie beim Wechsel zum Polizeistudium finanzielle Einbußen in Kauf nehmen. Das macht den öffentlichen Dienst nicht attraktiv und Talente gehen für die Verbrechensbekämpfung verloren.

Mit der Öffnung für mittlere Bildungsabschlüsse kommen wir auch dem Ziel näher, dass der öffentliche Dienst die Gesellschaft abbildet. Wenn Abitur die Eingangsvoraussetzung ist, werden Türen für zahlreiche geeignete Bewerber geschlossen. „Wenn wir die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems verbessern, werden wir schrittweise den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg reduzieren können. Den Polizeiberuf auch vermehrt für junge Menschen zu öffnen, die im ersten Schritt einen mittleren Bildungsabschluss erwerben, ist dafür ein Meilenstein“, erläutert Franziska Müller-Rech. ■

LANDTAGSFRAKTION
BERUFLICHE BILDUNG

Die Zukunft der beruflichen Bildung

Das duale Ausbildungssystem in Deutschland gilt als besonders leistungsfähig und genießt international ein hohes Ansehen.

Für die Freien Demokraten in NRW stehen die berufliche und akademische Bildung gleichwertig nebeneinander. In den vergangenen 20 Jahren hat jedoch eine Verschiebung der öffentlichen Wahrnehmung in Richtung der akademischen Bildung stattgefunden, zu Lasten der Attraktivität der dualen Berufsausbildung. Die FDP-Landtagsfraktion hat daher eine Studie beim Handelsblatt Research Institute in Auftrag gegeben, um die Chancen, Herausforderungen und Potenziale für die Zukunft der Beruflichen Bildung zu beleuchten.

„Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist leider in den letzten Jahren politisch stark vernachlässigt worden“, erklärt Ralph Bombis, Sprecher für Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk der FDP-Landtagsfraktion NRW. Durch die Verschiebung der öffentlichen Wahrnehmung bleiben immer mehr Ausbildungsplätze

unbesetzt und weniger Betriebe bilden aus. Dadurch steigt nicht nur der Fachkräftemangel, sondern der Wirtschaftsstandort NRW leidet langfristig. „Wir wollen das ändern, indem wir die Berufsausbildung attraktiver gestalten und junge Menschen wieder für Ausbildungsberufe begeistern“, sagt Ralph Bombis.

Um den Stellenwert der beruflichen Bildung zu verbessern, identifiziert die Studie mehrere Handlungsfelder: die Durchlässigkeit im Bildungssystem, die Angleichung der Rahmenbedingungen und die Verbesserung der öffentlichen Wertschätzung der beruflichen Ausbildung.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen kann unter anderem durch einen Ausbau der Angebote für Auslandsaufenthalte gelingen. „Praktische Auslandserfahrungen während der beruflichen Ausbildung sind sehr wertvoll für den individuellen beruflichen Werdegang“, erklärt unsere Sprecherin für schulische Berufs- und Weiterbildung Martina Hannen. Bisher ist der Anteil der Auszubildenden mit Auslandsaufenthalt jedoch wesentlich geringer als bei den Studierenden. „Das wollen wir ändern, indem wir die Angebote für Auslandsaufenthalte während der Be-

rufsausbildung ausbauen und mehr jungen Menschen die Chance auf ein Auslandspraktikum ermöglichen.“ Zudem muss geprüft werden, wie man Azubis finanziell besser stellen kann. Denkbar sind Entlastungen bei den Sozialabgaben – ähnlich wie das für Studierende der Fall ist.

Die Studie verdeutlicht, dass die Entscheidung für den passenden Bildungsweg junge Menschen vor eine große Herausforderung stellt. „Wir wollen nicht, dass junge Menschen das Gefühl haben, dass sie sich mit ihrer ersten Entscheidung für einen Bildungsweg für ihr gesamtes Leben festlegen müssen. Durch Weiterbildungen, einen Wechsel zwischen den Ausbildungssystemen oder ein aufbauendes Hochschulstudium ist praktisch jeder Weg denkbar“, erklärt Daniela Beihl, hochschulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Die bestehenden Weiterbildungsmöglichkeiten, die Meisterausbildung oder auch die Möglichkeiten eines aufbauenden Studiums sollen die Durchlässigkeit der Bildungssysteme in beide Richtungen ermöglichen. „Ein Studienabbruch und der Wechsel in eine Berufsausbildung darf nicht gesellschaftlich als Scheitern gebrandmarkt werden“, sagt Daniela Beihl. Durch eine Verankerung der Beratungsangebote in den Lehrplänen aller Schulformen sowie der Ausbau der Angebote für Studienabbrecher sollen junge Menschen in NRW zukünftig besser über die Chancen und Möglichkeiten der beruflichen Bildung informiert werden. ■



Studie des HRI „Zukunft der beruflichen Bildung“

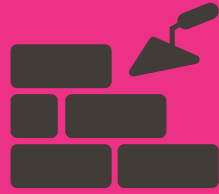


Das Positionspapier zur Beruflichen Bildung

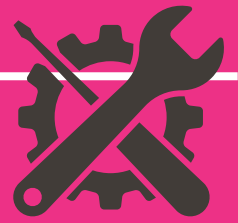


Video Martina Hannen und Prof. Dr. Jochen Wicher





> 300



Mehr als 300 verschiedene Ausbildungsgänge gibt es derzeit in Deutschland.

ZAHLEN ZUR BERUFLICHEN BILDUNG

Knapp 90.000 Auszubildende

beenden ihre Ausbildung jährlich in NRW.
33.000 Auszubildende in NRW brechen ihre Ausbildung jährlich ab.



30.000



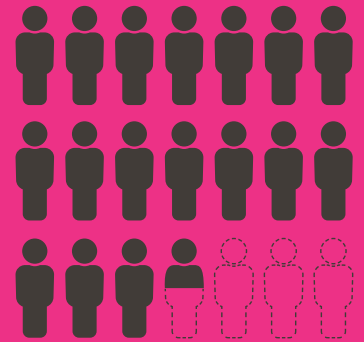
Berufsfachschüler haben 2018 in NRW Bafög-Zahlungen in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro erhalten.

2,2 Milliarden

Euro an öffentlichen Mitteln flossen 2018 in die berufliche Bildung in NRW.

939 Euro

verdienen Auszubildende im Durchschnitt.
(Stand 2019)



Knapp 300.000

Auszubildende gab es 2018 in NRW.
Im Jahr 2000 waren es noch 340.000.

+38%

Um 38% sind die Ausbildungsvergütungen im Durchschnitt zwischen 2010 und 2019 angestiegen.

10.000

Ausbildungsplätze konnten 2019 in NRW nicht besetzt werden.



LANDESVERBAND

AUS DER LANDESREGIERUNG



BILDUNGS- UND BETREUUNGSGARANTIE FÜR NRW

Familienminister Dr. Joachim Stamp hat eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für Familien in NRW gegeben und klargestellt, dass es nicht erneut zu landesweiten Schließungen von Kitas oder Schulen kommen wird: „**In meiner Verantwortung wird es nicht mehr zu einem flächendeckenden Lockdown von Bildungseinrichtungen kommen**“, erklärte Stamp. Sollten die Infektionszahlen steigen, würden die Entscheidungen in aller Besonnenheit und **zukünftig lokal** getroffen. Durch diese Regelung werde mehr Verlässlichkeit für Familien geschaffen.

Der seit Mitte August wieder angelaufene Regelbetrieb hatte nicht zu vermehrten Corona-Infektionen in den nordrhein-westfälischen Kitas geführt. „**Keine Kita, keine Schule ist zu einem Hotspot geworden**“, unterstrich Stamp. Dagegen bringe jeder einzelne Tag Kita oder Schule mehr Lebenschancen. Deswegen müsse es eine solche Bildungs- und Betreuungsgarantie auch bundesweit geben. ■

Dr. Joachim Stamp,
Stellvertretender
Ministerpräsident
und Minister
für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und
Integration des
Landes Nordrhein-
Westfalen

Yvonne Gebauer, Ministerin
für Schule und Bildung
des Landes
Nordrhein-
Westfalen



Aus der Landesregierung

Archivfoto

NEUE GRÜNDERZEIT FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

Nordrhein-Westfalen geht neue Wege und schafft im Rahmen der „Neuen Gründerzeit“ beste Chancen zum Gründen und Wachsen für unternehmerische Talente aus dem In- und Ausland. Dafür **verlängert das Wirtschaftsministerium das Gründerstipendium um drei Jahre**, fördert verstärkt Gründerinnen, sorgt für eine bessere Vernetzung mit internationalen Gründerregionen und arbeitet an einem Scale-Up-Programm für schnell wachsende junge Unternehmen. „Wir setzen uns ein ehrgeiziges Ziel: **Wir wollen Nordrhein-Westfalen bis 2025 in die Top 10 der europaweit führenden Startup-Regionen führen**“, erklärt Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart. Alle Informationen zum erfolgreichen Gründen in NRW sind ab sofort gebündelt auf der neuen Plattform **www.gründen.nrw** zu finden. ■

www.
gründen.nrw



Prof. Dr. Andreas Pinkwart,
Minister für Wirtschaft,
Innovation, Digitalisierung
und Energie des Landes
Nordrhein-Westfalen

#ichhelfemit

KIBIZ-REFORM IN KRAFT

Ein Meilenstein für die frühkindliche Bildung ist zum neuen Kita-Jahr in Kraft getreten. **Mit der Reform des Kinderbildungsgesetzes fließt pro Jahr zusätzlich über eine Milliarde Euro in die Qualität der frühkindlichen Bildung.** „Wir sorgen für mehr Chancen unserer Kinder in Nordrhein-Westfalen von klein auf – unabhängig von der Herkunft ihrer Eltern“, sagte Kinder- und Familienminister Dr. Joachim Stamp. Gezielte Investitionen, unter anderem für mehr Personal und zum Beispiel eine Stärkung der sprachlichen Bildung, werden die Qualität der Kindertagesbetreuung deutlich verbessern. **Zudem beinhaltet die Reform neben einer endlich auskömmlichen Finanzierung der Kitas eine Platzausbaugarantie sowie ein weiteres beitragsfreies Jahr für Familien.**

Seit dem 17. August sind die NRW-Kitas zudem wieder in den Regelbetrieb gestartet: Alle Kinder können ihre Kita oder die Kindertagespflege wieder besuchen und so von bewährten pädagogischen Konzepten profitieren. Zur Unterstützung der pädagogischen Kräfte in den Kindertageseinrichtungen während der Corona-Pandemie und um den gestiegenen Anforderungen zur Umsetzung der Hygienevorgaben Rechnung zu tragen, **hat die Landesregierung zudem die Kampagne „#ichhelfemit“ ins Leben gerufen.** Alltagshelferinnen und -helfer unterstützen die Erzieherinnen und Erzieher im nichtpädagogischen Bereich und leisten so einen Beitrag zum reibungslosen Ablauf auch unter Pandemiebedingungen. ■

DAUERHAFTE FINANZIERUNG DER SCHULSOZIALARBEIT

Die NRW-Koalition hat beschlossen, die **Schulsozialarbeit in NRW dauerhaft aus Landesmitteln zu finanzieren.** Ab dem kommenden Jahr stehen dafür jährlich rund **47,7 Millionen Euro** zur Verfügung. Schulministerin Yvonne Gebauer erklärte: „Ich freue mich, dass die dauerhafte Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit in NRW gesichert ist. Von der Schulsozialarbeit profitieren alle am Schulleben Beteiligten. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter unterstützen Kinder, Jugendliche und ihre Familien im Schulalltag, begleiten sie auf ihren Bildungswegen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Schulleben. Zugleich entlasten sie durch ihr Engagement unsere Lehrerinnen und Lehrer in der täglichen Arbeit.“ **Die Schulsozialarbeit sei über alle Schulformen hinweg unverzichtbar.** ■

NEUE TALENTSCHULEN GESTARTET

Mit dem **Start weiterer 25 Schulen** sind nun die geplanten **60 Talentschulen vollzählig.** „Wir gehen den Weg weiter und kommen unserem Ziel näher, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft mehr individuelle Chancen auf eine erfolgreiche Bildungskarriere zu ermöglichen“, so Schulministerin Yvonne Gebauer. Die Talentschulen sind ein Beitrag für beste und **gerechte Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler** in Nordrhein-Westfalen, gerade wenn sie aufgrund ungleicher Startbedingungen Nachteile haben. Hier ist eine mit dem Umfeld vernetzte, modern aufgestellte Schule gefragt, in der alle am Schulleben Beteiligten Hand in Hand arbeiten und den Schülerinnen und Schülern neue Lernmöglichkeiten eröffnen. Erfolgreiche Konzepte aus den Talentschulen sollen im nächsten Schritt für alle Schulen in NRW übernommen werden. Ebenso konnte nun nach vielen intensiven Gesprächen mit Eltern, Lehrern und Kommunen der Masterplan Grundschule vorgestellt werden. Dieser soll zur fachlichen Weiterentwicklung und Unterstützung der Grundschulen in unserem Land beitragen und ist mit **rund 718 Millionen Euro** ein wirksamer Beitrag dafür, **die gute Arbeit der Schulen weiter auszubauen.** „Mit dem Masterplan legen wir ein umfassendes Konzept für die Grundschule der Zukunft vor. Sie ist leistungsstark, vielfältig, individuell und sozial“, erklärt Ministerin Gebauer. ■

NRW MACHT TEMPO BEIM BREITBANDAUSBAU

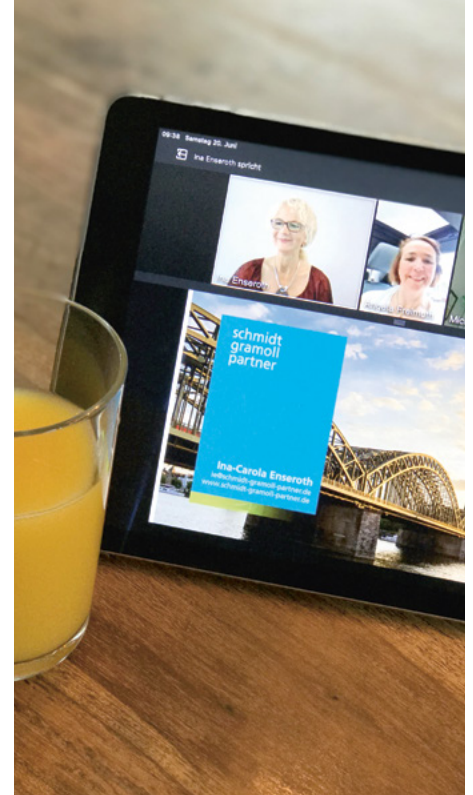
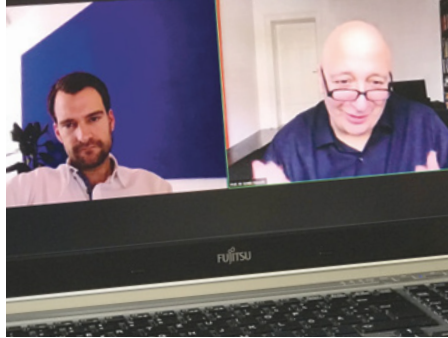
Vor zwei Jahren hatten Netzbetreiber und Verbände beim GigabitGipfel.NRW zugesagt, die Ausbauziele der Landesregierung zu unterstützen. Das ist gelungen, wie Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart bei der Bilanz jetzt präsentieren konnte: **Die Anzahl der Haushalte mit Zugriff auf Gigabit-Anschlüsse hat sich seit 2018 auf 52 Prozent vervielfacht, die der Schulen auf 51 Prozent verdreifacht.** Für fast alle nicht erschlossenen Schulen und Gewerbegebiete hat der Ausbau begonnen oder ist in Planung. **„Damit steht Nordrhein-Westfalen bei der Breitbandversorgung an der Spitze der Flächenländer in Deutschland“**, erklärte Pinkwart. Bis Ende 2022 sollen dann alle Schulen und alle Gewerbegebiete mit gigabitfähigen Anschlüssen versorgt sein, bis 2025 soll ganz Nordrhein-Westfalen über flächendeckende gigabitfähige Netze verfügen. ■

LANDESVERBAND

PARTEIARBEIT

Digitales PPW

Politische Arbeit in Zeiten einer Pandemie: Unser Parteiprogrammatisches Wochenende fand in diesem Jahr das erste Mal digital statt. Nach einem Impuls von Prof. Dr. Armin Nassehi, Soziologe und Mitglied im Expertenrat Corona der NRW-Landesregierung, zur Corona-Krise und ihren Auswirkungen befassten sich die einzelnen Landesfachausschüsse mit den Folgen der Pandemie. Begonnen hatte das digitale PPW mit Skill-Seminaren zu Rhetorik und dem Antrags Schreiben. Angela Freimuth und Johannes Vogel zogen ein positives Feedback: „Schön, dass wir so viele Parteifreundinnen und Parteifreunde mit Abstand zusammenbringen und gemeinsam an neuen Ideen arbeiten konnten!“ ■



LANDESVERBAND

CORONA-REISEBESCHRÄNKUNGEN

#LovelsNotTourism – Einsatz für unverheiratete Paare



Aufgrund der Reisebeschränkungen durch Corona war es für binationale, unverheiratete Paare über einen längeren Zeitraum unmöglich, sich zu treffen. Moritz Körner, Europaabgeordneter der FDP NRW, hat sich nach zahlreichen Zuschriften Betroffener bei EU-Kommissarin Ylva Johansson dafür eingesetzt, die EU-Mitgliedstaaten zu Grenzöffnungen auch für unverheiratete Paare zu bewegen. „Die Situation jetzt zeigt, dass wir bei unserem Familienbild insgesamt moderner werden müssen. Da lieben sich Menschen. Das ist doch nicht weniger wert als eine Hochzeit. Für die Paare, die seit Monaten voneinander getrennt sind, ist das eine hohe emotionale und psychische Belastung“, so Moritz Körner.

Es sei falsch, dass bis auf Dänemark alle Mitgliedstaaten für lange Zeit ihre Grenzen für unverheiratete Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger geschlossen hatten. Zusammen mit weiteren Freien Demokraten warb Körner vor Ort für die Öffnung der Grenzen. Er sprach im Europäischen Parlament auch den deutschen Innenminister Horst Seehofer auf das Thema an – mit Erfolg! Erste Treffen sind unter bestimmten Bedingungen inzwischen wieder möglich. ■



HENNING HÖNE

„ Studie belegt hohe Risiken kommunaler Unternehmensübernahmen

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Oft ist das Gegenteil der Fall. Dennoch gibt es eine Tendenz zur Verstaatlichung oder Kommunalisierung von wirtschaftlicher Betätigung. Die FDP-Landtagsfraktion hat die Risiken und Koste der Re-Kommunalisierung am Fall der STEAG wissenschaftlich untersuchen lassen.

Welche Risiken und Kosten bestehen für Kommune und Steuerzahler, wenn Unternehmen aus privatwirtschaftlicher Hand zurück in staatliche Hand überführt werden? Diese Frage steht im Zentrum einer Studie des Handelsblatt Research Institute im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion. Als Beispiel wurde das Energieunternehmen Steag beleuchtet.

Die Mehrheit an der Steag wurde Ende 2010 von einem Konsortium aus kommunalen Energieversorgern und Stadtwerken aus sechs hochverschuldeten Ruhrgebietsstädten übernommen. Im Jahr 2014 hat das Konsortium auch die restlichen Anteile erworben. Insgesamt lag der Kaufpreis bei mehr als 1,2 Milliarden Euro. Ende 2019 berichteten Medien, dass es ein Kaufangebot in Höhe von 1 Euro für die Steag gebe.

Bei der Vorstellung der Studie betonte Dr. Jörg Lichter, Autor der Studie, dass die Veränderungen und die Volatilität am Energiemarkt 2010 bereits absehbar waren. Zugleich habe es nach der Finanzkrise eine politische Stimmung gegeben, stärker auf den Staat zu setzen. Die Steag-Übernahme durch das Stadtwerke-Konsortium sei erst durch die Änderung des Gemeindefinanzrechts auf Betreiben der rot-grüne Landesregierung möglich geworden. Dass Dividenden an die Eigentümer gezahlt wurden, obwohl die wirtschaftlichen Kennzahlen sich verschlechterten, sei zweifelhaft gewesen, unterstrich der Wissenschaftler.

„Die Studie zeigt, dass die Steag-Übernahme damals politisch gewollt war und Warnungen in den Wind geschrieben wurden“, erklärt Henning Höne, kommunalpolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion. Durch die Fehlentscheidung der Übernahme habe sich die finanzielle Lage der Ruhrgebietskommunen, die ohnehin durch hohe Sozialkosten immens belastet sind, nochmals verschlechtert. Höne: „Auf der Grundlage der Studie kann man davon ausgehen, dass allein der Wertverlust der Steag die Einwohner der sechs Städte pro Kopf fast 450 Euro gekostet hat.“

Die FDP-Landtagsfraktion sieht sich durch die Studie in ihrer Skepsis gegenüber übermäßiger wirtschaftlicher Betätigung von Kommunen bestärkt. In einem Positionspapier schlägt die Fraktion folgende vier konkrete Maßnahmen vor:



HENNING HÖNE

Parlamentarischer
Geschäftsführer der
FDP-Landtagsfraktion

henning.hoene@landtag.nrw.de

Maßnahmen:

- 1 Das Gemeindefinanzrecht wollen wir einer Überprüfung unterziehen, um es derart anzupassen, dass stark risikobehaftete Übernahmen von Unternehmen eingeschränkt und streng kontrolliert werden.
- 2 Die Kommunalaufsicht muss in ihrer Rolle gestärkt werden, damit sie – anders als im vorliegenden Fall – umfassend prüfen und rechtzeitig einschreiten kann. Zu dieser Stärkung gehört, dass Prüfungen von wirtschaftlichen Tätigkeiten begonnen werden, zu dem Zeitpunkt, in dem die Entscheidungswege noch offen sind.
- 3 In Abhängigkeit des Verhältnisses von kommunalem Haushaltsvolumen und der jeweils geplanten Investition wollen wir die verbindliche Hinzuziehung von externem Sachverstand vorschreiben. Der jeweilige Stadtrat sollte eine ergebnisunabhängige Beratung durch einen von der Kommune unabhängigen Gutachter beauftragen.
- 4 Die Bürgerinnen und Bürger dürfen bei wesentlichen Entscheidungen aber Transparenz über das Abstimmungsverhalten ihrer Vertreterinnen und Vertreter im Rat erwarten. Die Gemeindeordnung wollen wir dahingehend ändern, dass Abstimmungsergebnisse auch zu nicht öffentlichen Beratungsvorlagen zugänglich sind. ■



Der „Fall Steag“ als Beispiel für die Risiken und Kosten der Rekommunalisierung



Das komplette Positionspapier:



Das Video:



CHRISTOF RASCHEVorsitzender der
FDP-Landtagsfraktion

christof.rasche@landtag.nrw.de



LEBENDIGE INNENSTÄDTE

für die Zukunft gestalten

Die FDP-Landtagsfraktion möchte lebendige Innenstädte erhalten und weiterentwickeln. Das Thema hat durch die globale Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen im Alltag eine neue Dringlichkeit erhalten. Eine Umfrage im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion hat ergeben, dass sich die Menschen ein angenehmes Stadtambiente, kostengünstiges Parken und flexiblere Öffnungszeiten wünschen.

„Die Umfrage belegt, dass es keine einfache Lösung zur Attraktivierung der Innenstädte gibt. Lösungsansätze müssen sich an Größe einer Stadt und der Bevölkerungsstruktur ausrichten sein. Teures Parken ist aber landesweit ein Hemmnis, Innenstädte und den stationären Handel aufzusuchen. Hier können Kommunen entgegenwirken“, sagt Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, zu den Ergebnissen.

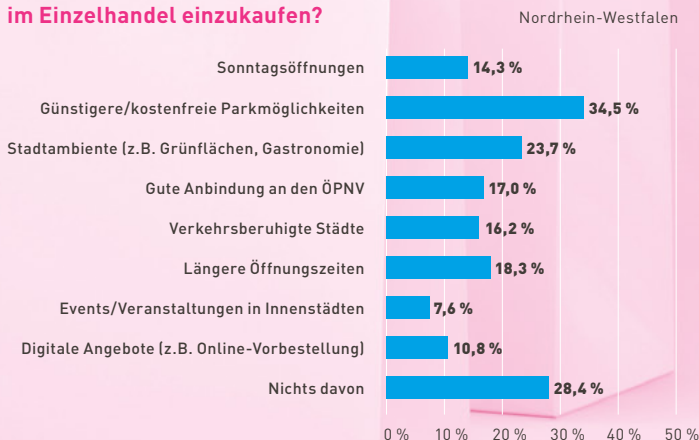
Zudem wird deutlich, dass die Menschen sich ein angenehmes Ambiente mit Aufenthaltsqualität wünschen und keine anonymen austauschbaren Shoppingmeilen. Das kann sich aber nur mittelfristig ändern. „Innenstädte können ein Einkaufserlebnis bieten, dass es

online nicht gibt. Einkaufen, Gastronomie, Arbeit und Wohnen müssen darum zusammen gedacht werden. Der Einzelhandel muss die Vorteile der Beratung ausspielen. Die Städte müssen komfortabel erreichbar sein – mit allen Verkehrsträgern. Veranstaltungen sollten als Magnete genutzt werden. Und bekannte Formate kann man recht einfach neu denken, wie das Beispiel der „Feierabendmärkte“ zeigt“, erklärt der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Henning Höne.

Um die akute Gefahr von Arbeitsplatzverlusten durch die Corona-Pandemie im Einzelhandel zu vermindern, können Sonntagsöffnungen einen Beitrag leisten. Rasche: „Gerade der stationäre Textileinzelhandel, der stärker als andere Bereiche eingebrochen ist, könnte am Sonntag auf seine Vorzüge wie persönliche und fachkundige Beratung aufmerksam machen.“ Klagen von Verdi erschweren es allerdings, Lösungen zu finden, um den Einzelhandel und die Kommunen zu stärken sowie gefährdete Arbeitsplätze zu sichern. „Wo die Mitarbeiter hinter der Sonntagsöffnung stehen, sollte die Gewerkschaft keine Steine in den Weg legen“, sagt Christof Rasche.

Der Landtag hat auf Initiative von FDP und CDU die Landesregierung mit zahlreichen Maßnahmen beauftragt, um den Aufenthaltswert von Innenstädten zu erhöhen und auch innerstädtisches Wohnen wieder stärker zu ermöglichen. ■

Was würde Sie dazu bewegen, häufiger vor Ort im Einzelhandel einzukaufen?



Stat. Fehler: 4,0% | Stichprobengröße: 2.004 | Befragungszeit: 21.08.20 – 25.08.20 | Stand: 25.08.20 – 14:43 Uhr


 Antrag Heimat
braucht Handel:


LEITPLANKEN GEGEN CORONA SETZEN – Menschen Perspektiven für Zukunft bieten

Bisher sind Deutschland und Nordrhein-Westfalen verhältnismäßig gut durch die Krise gekommen. Ein Alltag mit Corona hat sich langsam eingestellt und wir gewinnen täglich neues Wissen über das Virus und dessen Bekämpfung. Die Akzeptanz der Menschen für teils gravierende Einschnitte war nie selbstverständlich und sie darf nicht gefährdet werden. „Umso besser wir die Krise in den Griff bekommen, umso mehr müssen sich Staat und Politik reduzieren und die Eigenverantwortung der Bürger wieder gestärkt werden“, betonte Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion in der Generaldebatte zum Landeshaushalt 2021 im Landtag.

Die FDP-Landtagsfraktion spricht sich daher dafür aus, vom erfolgreichen Krisenmanagement nun schrittweise zu einem fokussierten Risikomanagement überzugehen. Rasche betont: „Natürlich brauchen wir eine fortlaufende Überprüfung von Effektivität, Verhältnismäßigkeit und

Regeln. Die Menschen in NRW haben gezeigt, dass sie sich an die Regeln halten.“ Die FDP-Fraktion hat sich, wo es angemessen war, stets für schrittweise Lockerungen ausgesprochen. „Wir benötigen Rahmenbedingungen, ein Regelwerk, mit dem wir gesellschaftlich, gesundheitlich und auch wirtschaftlich gut durch diese kalte Jahreszeit kommen, dafür gibt es bisher keine Erfahrungswerte“, unterstreicht Rasche.

„Wir werden über die richtigen Regeln diskutieren müssen. Wir benötigen wirksame Lösungen, nicht schnelle Verbote“, skizziert Rasche. Die FDP-Landtagsfraktion möchten zu einem Alltag zurückkommen, in dem alle wesentlichen Entscheidungen über Eingriffe in die Grundrechte und persönliche Freiheit in den gewählten Parlamenten beraten und entschieden werden. Also im Bundestag und den Landtagen.

Im Landeshaushalt 2021 setzt die NRW-Koalition trotz Pandemie inhaltliche Schwerpunkte auf Zukunftsthemen. Die Investitionsquote wird erneut erhöht. Bildungschancen zu schaffen, bleibt für die FDP-Fraktion die große Aufgabe der Landespolitik. Für Qualität und Finanzierung der Betreuungsplätze im Kitabereich stellt das Land im nächsten Jahre zusätzlich 437 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere 115 Millionen Euro werden in die Schaffung neuer Kita-Plätze investiert. Zudem wird das erfolgreiche Programm „Kita-Helfer“ von Familienminister Joachim Stamp fortgeführt. Die digitale Ausstattung unserer Schulen ist ein Kernziel von Schulministerin Yvonne Gebauer. „Für das Sofortausstattungsprogramm der Schulen haben wir bereits 178 Millionen Euro bereitgestellt. Auch im kommenden Jahr wird weiter in die Digitalisierung der Schulen investiert“, sagt Rasche.

Mit dem Rettungsschirm in Höhe von 25 Milliarden Euro hat das Land ein historisches Hilfsprogramm auf die Beine gestellt. Der Rettungsschirm dient dazu, den direkten und indirekten Folgen der Corona-Pandemie zu begegnen. Also auch den Einbruch der Steuereinnahmen abzufedern. Und genau so verwendet das Land NRW das Geld. „Die Kredite für den Rettungsschirm sind ausschließlich Corona-bedingt. Ohne Corona würde es keine Kreditaufnahme geben“, unterstreicht Rasche.

Pandemiebekämpfung, Investitionen in die Zukunft und solide, generationengerechte Finanzpolitik – das sind die Merkmale des Etatentwurfs 2021. ■



LANDTAGSFRAKTION

SOMMERTOUR

Sommertour der Fraktion führt durch ganz NRW

Die Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion sind durch ganz Nordrhein-Westfalen gefahren und hatten dabei ein Ziel: mit den Menschen über die parlamentarische Arbeit ins Gespräch kommen und als Ansprechpartner in der Pandemie erreichbar sein. Über 3400 Kilometer haben sie mit dem Sommertour-Auto vom Niederrhein über das Ruhrgebiet bis nach Minden-Lübbecke dabei zurückgelegt.

„Durch die vielen persönlichen Gespräche vor Ort haben wir wertvolle Impulse für unsere Arbeit im Landtag mitgenommen“, betont Henning Höne, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion. Dabei prägten konkrete Themen aus dem Alltag den Austausch auf den Marktplätzen und Innenstädten: die Arbeitsbedingungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, die Situation der Reisebüros, der Ausbildungsstart, die Zukunft der Landwirtschaft, die Förderung von lokalen Sportvereinen oder die Betreuung der Kinder in Kitas. ■



Sommertour-Video
Landtagsfraktion:



Sommertour-Video
Henning Höne:



Energietour-Video
Dietmar Brockes:





Bildhinweise: arby.com, pixabay.com

LANDESVERBAND

MODERNER ARBEITSMARKT

Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zusammen denken

Johannes Vogel, Bundesvorstandsmitglied und arbeitsmarkt- und rentenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, hat gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Staatssekretärin für Wirtschaft Daniela Schmitt und dem neugewählten Bundesschatzmeister Harald Christ ein Papier für den modernen Arbeitsmarkt vorgelegt. Neben einem modernen Rechtsrahmen für das mobile Arbeiten und einer Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes stand das lebenslange Lernen im Mittelpunkt. „Wir wollen Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zusammen denken und fordern vier Mal 1.000 Euro: 1.000 Euro für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung, 1.000 Euro Sparer-Pauschalbetrag, 1.000 Euro für das Midlife-BAföG und 1.000 Euro steuerliche Förderung für Weiterbildung. Das sind vier Ideen für einen langfristigen Wachstumsimpuls für unsere Wirtschaft und für das Aufstiegsversprechen in unserem Land!“, so Johannes Vogel. ■



Johannes Vogel
arbeitsmarkt- und rentenpolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion



Hier geht es zum
Papier:



LANDESVERBAND

AUS DER BUNDESTAGSFRAKTION



Olaf Scholz ist Schuldenkönig

Otto Fricke,
haushaltspolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion

In seinem Haushaltsentwurf plant Olaf Scholz 96 Mrd. Euro neue Schulden. „Mit 315 Mrd. Euro Kreditaufnahme in zwei Jahren macht sich der Minister zum Schuldenkönig. Keine Regierung hat in so kurzer Zeit so viele Darlehen aufgenommen. Das zeigt, dass Schwarz-Rot der Haushalt aus dem Ruder läuft. Trotzdem drückt sich der SPD-Kanzlerkandidat um drängende Entscheidungen. Er will sogar erneut die Schuldenbremse aussetzen. Das ist riskant, denn man kann die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt nicht dauerhaft auf Pump finanzieren. Deutschland braucht eine haushaltspolitische Wende, eine Rückkehr zu seriöser und verantwortungsvoller Buchführung,“ erklärt Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. ■

LANDESVERBAND

MELDUNG

FDP NRW trifft sich im November

Die Freien Demokratinnen und Demokraten Nordrhein-Westfalens kommen in diesem Herbst nochmals an einem Wochenende in Dortmund zusammen:

Am **7. November** trifft sich die Landeswahlversammlung, um die Landesreserveliste zur Bundestagswahl 2021 zu wählen. Am folgenden **8. November** stehen Antragsberatung und die turnusgemäße Wahl des Landesvorstands auf der Agenda des Landesparteitags. Natürlich kann auch alles live im Stream auf der Website des Landesverbandes verfolgt werden, wo sich auch die weiteren Informationen zu diesem Wochenende finden. ■



Alle Infos hier:
www.fdp.nrw/twv1pt



07. + 08.
November

LANDTAGSFRAKTION

SCHLAGLICHTER

Schlaglichter: Digitaler Austausch mit der FDP-Fraktion

Die Corona-Pandemie stellt den persönlichen Austausch vor besondere Herausforderungen, vor allem im größeren Kreis. Da der FDP-Landtagsfraktion der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig ist, hat sie die digitale Veranstaltung „Schlaglichter“ ins Leben gerufen. Jeden Dienstagabend von 18 bis 19 Uhr sprechen Abgeordnete mit geladenen Expertinnen und Experten sowie Interessierten über aktuelle Themen. Zum Auftakt der Veranstaltungsreihe debattierte Ralph Bombis, Sprecher für Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk der FDP-Landtagsfraktion, mit Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der Wirtschaft, und Dr. Mathias Mainz, Geschäftsführer der IHK NRW, über das Thema „Die nordrhein-westfälische Konjunktur in und nach der Corona-Krise“. Interessierte sind herzlich eingeladen, ohne vorherige Anmeldung online teilzunehmen, im Chat mitzudiskutieren und Fragen zu stellen. ■

SCHLAGLICHTER

Aktuelle Veranstaltungsübersicht hier:



LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // HILFSPROGRAMM

NRW-Programm für Brauchtum und Vereine

In der Corona-Krise hat das Land NRW das großzügige Hilfsprogramm „Heimat 2020“ über 50 Millionen Euro aufgelegt. Gemeinnützige Vereine und Verbände können einen einmaligen Zuschuss von bis zu 15.000 Euro beantragen. Der heimatpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Stephen Paul, erklärt: „Ich bin sehr froh, dass wir in der NRW-Koalition aus FDP und CDU nun den Menschen unter die Arme greifen, die sich ehrenamtlich im Brauchtum, in der Nachbarschaftshilfe und an vielen weiteren Stellen für andere einsetzen.“ ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // GRUNDWASSER

Grundwasser schützen und private Hauseigentümer entlasten

Der umstrittene Kanal-TÜV ist abgeschafft. Statt starrer Fristen setzt die FDP auf echten Schutz des Grundwassers. „Undichte Kanäle müssen überprüft und repariert werden. Einen Generalverdacht gibt es jetzt aber nicht mehr“, erklärt Markus Diekhoff, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Die Dichtheitsprüfung für Abwasserkanäle wird nur noch bei Neubauten, wesentlichen baulichen Änderungen und in begründeten Verdachtsfällen vorgeschrieben. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // MISSBRAUCH

Null Toleranz im Umgang mit Kindesmissbrauch

Kindesmissbrauch und dessen Darstellung müssen härter bestraft werden. Dafür setzt sich die NRW-Koalition ein. Der rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Christian Mangel, erklärt: „Die Ereignisse in Lügde, Bergisch-Gladbach und Münster haben die Ausmaße von Kindesmissbrauch eindringlich verdeutlicht. Es ist notwendig, sexuelle Gewalt gegen Kinder konsequent zu bekämpfen.“ Missbrauch und dessen Darstellung sollen daher künftig als Verbrechen eingestuft und mit einer Freiheitsstrafe ab einem Jahr bestraft werden. ■





Henning Höne ist seit Oktober 2017 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion NRW und seit 2012 Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Höne ist 33 Jahre alt und verheiratet. Der Coesfelder absolvierte nach dem Abitur ein duales Studium zum Industriekaufmann und Betriebswirt. Dem Bezirksverband der FDP im Münsterland steht er als Vorsitzender vor.



henning-hoene.de



FRAGEBOGEN

Henning Höne

LANDTAGSFRAKTION

FRAGEBOGEN

Als Parlamentarischer Geschäftsführer arbeiten Sie im Maschinenraum der Fraktion. Was konkret sind Aufgaben des „PG“?

Höne: Im „Maschinenraum“ der Fraktion bin ich verantwortlich für die interne Organisation, Personal und Finanzen. Das bildet das Fundament, auf dem unsere politische Arbeit steht. Mit den Parlamentarischen Geschäftsführern der anderen Fraktionen verhandle ich Tagesordnungen, interne Parlamentsabläufe und andere Aspekte des parlamentarischen Alltags im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Welche Auswirkung hat die Corona-Pandemie auf die Bedeutung des Parlaments?

Höne: Der Landtag hat zwei Dinge bewiesen, auf die wir stolz sein können: Erstens ist die parlamentarische Demokratie auch in der Krise handlungsfähig. Zweitens haben wir Abgeordneten Selbstbewusstsein gezeigt, zum Beispiel mit deutlichen Änderungen und Parlamentsvorbehalten beim Pandemiegesetz aus dem Gesundheitsministerium. Mit den Corona-Schutzmaßnahmen greift die Regierung stark in Grundrechte und Alltag der Menschen ein. Die Kontrolle durch das Parlament ist dabei umso wichtiger.

Hat sich die Arbeitsweise der Fraktion dadurch verändert?

Höne: Wir haben stärker auf Video- und Telefonkonferenzen sowie hybride Formate gesetzt. Das war gut, um arbeitsfähig zu bleiben. Den persönlichen Austausch und die Diskussion untereinander kann das aber nicht komplett ersetzen. Dass wir seit Beginn der Legislatur zahlreiche Prozesse der Fraktion konsequent digitalisiert haben, zum Beispiel mit einem eigenen Intranet, hat uns geholfen und auch Vorteile gegenüber den anderen Fraktionen gebracht. ■

Lesen Sie uns auch online!



fdp.nrw/liberal.nrw

fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw

...oder folgen Sie uns auf Social Media.



Youtube



Facebook



Twitter



Instagram

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)